

Beilage zum „Riesener Tageblatt“.

Verleger und Herausgeber: Sanger & Minzella, Riesa. Geschäftsführer: Gottlieb 29. Beauftragter für Redaktion: Arthur Ohnel, Riesa; für Umschlagtitel: Wilhelm Mittag, Riesa.

AJ 50.

Freitag, 29. April 1921, abends.

74. Jahrg.

Wort des Trumpler.

Während die Alliierten gegenüber den außenpolitischen Entwicklungen einen kühnem Optimismus behalten, lassen die Amerikaner und Briten und Belgierinnen die Zukunft auf eine friedliche Siedlung der Reparationsfrage als zentral erachten. Die Reparationskommission hat die Abschaffung der deutschen Reparationszahlungen mit 120 Milliarden Goldmark einverstanden. Siehebels ist sich über die Vergütungen bestreitig, die Deutschen nicht die Reparationszahlungen zu fordern hat. Die 120 Milliarden sollten aber noch nicht die ganze Schuldsumme darstellen. Da kommen nämlich noch die Kosten hinzukommen, welche die Alliierten bis zum 1. November 1921 den Deutschen geleistet haben. Wollte Deutschland das eigene hohe Guanum übernehmen, so müßte es jedoch 20 Milliarden Goldmark aufbringen, um den Schuldsummen zu versetzen und in 20 Jahren zu amortisieren. Die Reparationskommission weiß natürlich genau, daß solche Zahlungen außerhalb des Bereiches jeder Möglichkeit liegen. Wenn sie trotzdem eine solche Abstimmung ausmacht, so beweist sie damit, daß sie die Wahrheit der politischen Ziele des Verbundes, und insbesondere Frankreichs, ist. Sie hat mit der Übereinkunft der deutschen Gesamtsumme des Abt. 8 von Art. 233 des Berliner Vertrages nichts zu tun. Bis zum 1. Mai hat die Reparationskommission nun noch die Bestimmungen von Absatz 4 des gleichen Vertragsabschnitts zu erfüllen, nämlich einen Zahlungsplan anzufertigen. Es ist zu erwarten, daß dies der Woche geschieht. Der Berliner Vertrag legt nichts über die Art, innerhalb deren sich Deutschland zu diesen Zahlungen der Reparationskommission zu duellieren hat, ja nicht einmal, daß es sich überhaupt zu duellieren hat. Die Bedrohung, daß selbst die bestehenden Wahlen vielleicht die Erreichung nicht vor der zweiten Maiwoche ist möglich halten, deutet darauf hin, daß die Reparationskommission die Gesamtsumme der deutschen Reparationen nach den Zahlungsvorstellungen formell nach Berlin mittellen und gleichzeitig einen Termin nennen wird, bis zu dem die Reparationskonferenz sich zu entscheiden hat. Da am 30. April der Oberste Rat in London tagt und das lebte Wort sprechen wird, ist mit einem eindeutigen Ultimatum des Verbundes an Deutschland zu rechnen, sich den Vorberatungen der Reparationskommission zu unterwerken. Für alle Fälle hat diese Kommission noch zwei weitere Strafe geplant, die auch bis zum 1. Mai verhängungsfähig sein werden. 1. Die Restforderung auf die deutsche Zahlungsvorstellung von 20 Milliarden Goldmark, von der noch über 12 Milliarden ausstehen sollen und 2. die Forderung, daß eine Milliarde Gold der Reichsbank in die Kasse der Bank von Frankreich zu überführen sind. — Die Reichsregierung hat mit ihren Vermittlungsbemühungen und mit der Anrufung Amerikas den Versuch gemacht, den Pariser Einheitsräumen die Vorherrschaft in der Bevölkerung unserer Bevölkerungen aus den Ländern zu wenden und ihr Organ, die Reparationskommission, bis zum gewissen Grade auszuweichen. Dieser Versuch muß bereits heute als gescheitert angesehen werden. Heute ist — mehr als je — Paris Trumpler.

Die Belohnung der Schuldsomme durch die Reparationskommission bedeutet bereits einen Vertrag auf eine weitere Wiederaufstellung Deutschlands in dieser Frage. Der Absatz 2 von Artikel 233 des Friedensvertrages lautet: „Dieser Ausdruck (Reparationskommission) verfügt die Ansprüche (d. h. die einzelnen Verbandsmitglieder) und gewährt der deutschen Regierung nach Willigkeit Gehör.“ Nachdem aber einmal die Ansprüche der einzelnen Verbandsmitglieder sind und das Ergebnis öffentlich bekannt gegeben ist, hat die Reparationskommission das ihr nach dem Vertrage tatsächlich zustehende legitime Wort geholt. Es lag für die Reparationskommission kein Anlaß vor, die Entscheidung vor dem 30. April zu treffen. Das sie es dennoch tat, beweist, daß man in Paris die Verachtung Amerikas, eine Verhandlungsgrundlage zu schaffen und die Bevölkerungen an einen Tisch zu bringen, ohne daß es zu weiteren Gewaltaten kommt, beschreiten will. Damit stimmt auch die dem französischen Botschafter in Washington, Herr Zullerand, entstehende Instruktion überein, der amerikanische Regierung im Namen Frankreichs zu erklären, daß die deutschen Vorschläge „ganz unannehmbar“ seien. Nach dem bisherigen Verhalten Cardins und Hughes in der ganzen Angelegenheit ist es unpauschalisch, daß Amerika gegen die Intentionen Frankreichs die deutschen Vorschläge ausreichend nach Paris weitergeben wird. Die Meinung, daß Amerika wenigstens Bonn und Rom den Rat geben will, ist an etwaigen französischen Gewaltaktionen nicht zu bestätigen, dient nur die Absichten der amerikanischen Regierung richtig wiederzugeben. Die „Times“ melden bereits aus Washington, daß Amerika sein Vermittleramt wiederlegen will. Der „Review Herald“ unterstreicht ausdrücklich den Entschluß Cardins, „nichts gegen die Wünsche der Alliierten zu unternehmen“. Sollten Herr Bland und seine noch stärkeren Freunde etwa den Bericht machen, Sanktionen und Verhandlungen zu verzögern, so würde Deutschland seine Vorschläge unter keinen Umständen aufrecht erhalten können. Unter Reparationsprogramm vom 22. April steht und fällt mit dem Bericht Frankreichs auf Sanktionen.

Die Entente fordert 120 Milliarden Goldmark.

Keine Kasas meintet mit Paris: Die Reparationskommission hat auf Grund des Artikels 233 des Berliner Vertrages beschlossen, den Beitrag des Schadens, für die Deutschen und den Schadens zum Teil 8 des genannten Vertrages eine Reparation schuldet, auf 120 Milliarden Goldmark festzulegen. Bei Belohnung dieser Sätze bei der Reparationskommission aus der Summe der Schäden die Hälfte zuvernehmen, die notwendig ist, um die in Aussichtsetzung bei Art. 233 bereits gelegten aber noch zu bestimmenden Wiederaufstellungen zu berücksichtigen; insbesondere werden Deutschland viele Wiederaufstellungen nicht antreten können. Die Reparationskommission hat in der oben genannten Sache die Summen nicht mit einbezogen, die die Bevölkerung aufzubringen zu erfordern, die Deutschen aufzubringen zu erfordern, die die Reparationen über 120 Milliarden zu übersteuern, die möglich die Ausdehnung einer Sanktion durchzuführen, die Deutschen bis zum 1. November 1918 bei den alliierten und belgischen Regierungen gestanden hat, einschließlich 5 Prozent Zinsen jährlich für die Sanktionen.

Der 2. Absatz, der in Übereinstimmung mit dem Botschafter in Paris der Reparationskommission steht, sieht den Wert von 120 Milliarden Goldmark von der Reparationskommission, die in amtlicher Weise liegt, berufen. Der Botschafter fordert ihm im Namen der Kommission die obige Summe zur Sicherung der tatsächlichen Wiederaufstellung wird, die Reparationskommission bestätigt werden.

Die Aussichten der amerikanischen Vermittlung ungünstig

Die ablehnende Haltung der Alliierten erkrankt die Vermittlung.

* Berlin, 28. April.

Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilte, weiß, herzliche in Berliner diplomatischen Kreisen die Hoffnung vor, daß die Aussichten der amerikanischen Vermittlung in der Reparationsfrage weitaus günstig seien. Es wird angemessen best angenommen, daß Präsident Harding und die amerikanische Regierung den lebhaften Wunsch haben, zur Beilegung des Konflikts und zur Verhinderung von Schmalzmaßnahmen beizutreten. Es scheint auch ziemlich sicher, daß in Washington die deutschen Vorschläge für eine möglichste Verhandlung und Blasius gehalten werden, obgleich man bei einigen Punkten gern eine klarere und bestimmtere Aussicht gewünscht hätte, was an den Rückfragen in Berlin nachgegeben haben dürfte. Dagegen wird bezweifelt, daß die amerikanische Regierung angesichts der ablehnenden Haltung der französischen und zunehmend auch der englischen Regierung ihre Bemühungen beenden kann zum Erfolg führen könne.

So wie die Berliner Blätter von unterrichteter Seite erachten, ist bisher eine amerikanische Antwort auf die deutschen Vorschläge beim Auswärtigen Amtie noch nicht eingetroffen. Der englische Botschafter Lord d'Abenon, der Münz- und Vertragsmitteilungen mit Persönlichkeit des Auswärtigen Amtes hatte, ist Donnerstag vormittag nach London abgereist, um den Beratungen der alliierten Staatsmänner am Sonnabend beizutreten. Wie die „Post, Stg.“ zu wissen glaubt, habe Lord d'Abenon den Eindruck mit auf die Meile genommen, daß die führenden deutschen Kreise geneigt schienen, die Vorschläge Deutschlands einer neuen eingehenden Diskussion zu unterziehen, um eine Einigung mit den Alliierten zu ermöglichen.

Die Tätigkeit amerikanischer Finanzmänner in Berlin.

Aus London wird gemeldet: Der Berichterstatter der „Times“ meldet aus Washington: Der Tag des deutschen Abkommens wurde amlich noch nicht bekanntgegeben. Der Charakter des neuen deutschen Angebotes läßt vermuten, daß Deutschland auf die moralische Unterstützung der Vereinigten Staaten rechnet. Man glaubt, daß die deutsche Illusion durch amerikanische Finanzmänner in Berlin gewahrt wurde. Die Tätigkeit dieser Finanzmänner steht bereits die Washingtoner Regierung in lebhaftem Unrat. Die Amerikaner, die in Berlin agieren, scheinen in Interessengemeinschaft mit großen Finanzgruppen in Boston und Südamerika, die auch an der deutschen Industrie und sonstigen deutschen Unternehmungen stark interessiert sind und die von einem wirtschaftlichen Wiederaufstieg einen riesigen Gewinn auch für sich erhoffen. Die Haltung der amerikanischen Regierung geht dahin, daß sie wirklich und lebhaft die Lösung der Reparationsfrage wünsche, aber ohne jede Schädigung der Alliierten.

Kein Meinungsaustausch Berlin—Washington.

Amtlich wird in Washington bekanntgegeben, daß seit dem Empfang der deutschen Note kein Meinungsaustausch zwischen Berlin und Washington stattgefunden hat.

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 28. April.

Auf Vorschlag des Präsidenten Reede wird vor der Fortsetzung der Beratung über die Außenpolitik die Vorlage in allen drei Sitzungen angenommen, durch die das Verbot der Goldabfuhr bis zum 1. Oktober b. J. verlängert wird.

In der Fortsetzung der außenpolitischen Debatte hat als erster Redner das Wort der Abg. Griesemann (D. B. P.)

Er bedauert unter der Zustimmung der Miete die innerpolitische Einstellung, die leider auf der rechten und linken Seite sich immer wieder zeigt, wenn es um Fragen des Weltgeistes geht. Beim parlamentarischen Regime könne nicht das Parlament an sich regieren, aber der Ausdruck für auswärtige Angelegenheiten müsse besser und vorlängig informiert werden. Wenn Frankreich von Deutschlands schwächer Regierung spricht, so kann es jetzt auch von Deutschlands schwächer Regierung sprechen, daß Amerika wenigstens Bonn und Rom den Rat geben will, sich an etwaigen französischen Gewaltaktionen nicht zu beteiligen, dient nur die Absichten der amerikanischen Regierung richtig wiederzugeben. Die „Times“ melden bereits aus Washington, daß Amerika sein Vermittleramt wiederlegen will. Der „Review Herald“ unterstreicht ausdrücklich den Entschluß Cardins, „nichts gegen die Wünsche der Alliierten zu unternehmen“. Sollten Herr Bland und seine noch stärkeren Freunde etwa den Bericht machen, Sanktionen und Verhandlungen zu verzögern, so würde Deutschland seine Vorschläge unter keinen Umständen aufrecht erhalten können. Unter Reparationsprogramm vom 22. April steht und fällt mit dem Bericht Frankreichs auf Sanktionen.

Denkt dem Vorredner, dessen Ausführungen schon Vieles seiner bestreitigen Antwort vorweg genommen hätten. Er habe in London nicht gegen das Schuldenkonto protestieren können, weil die Entente dieses Bestimmnis ja schriftlich in den Händen habe und ein etwaiger retorischer Erfolg habe die Gefahren schwerer Schädigungen für das deutsche Volk bedeutet. Er habe aber den deutschen Standpunkt zur Schuldenfrage schriftlich fixiert. Es wird das Bekreuen der deutschen Regierung sein, die fremden Nachte zu klären und dann die Schuldenfrage unter neutraler Kontrolle feststellen zu lassen. Der Vorwurf, daß die Regierung zu wenig Vorsicht nach Amerika ausgebreitet habe, trifft nicht zu. Unter entsprechender Bericht ist gescheitert. Für die Behauptung, die Form unserer Note sei demütigend, ist mir kein Beweis erbracht worden. Wir sind demütig gewesen, der Punkt der Sanktionen gerecht zu werden, nun macht man uns das auch noch Vorwurf. Ein Begreifen der deutschen Ehre ist in dem

Lloyd George lehnt die deutschen Vorschläge ab.

Im englischen Unterhaus erklärte Lloyd George, er bedauere sehr, daß die deutschen Reparationsvorschläge durchaus nicht aufzielden würden. Sie würden gegenwärtig mit den anderen Vorschlägen ausgleich von den Finanzverbünden aller Alliierten sehr sorgfältig geprägt.

Zur Frage der Belebung des Kriegsgebietes sagte der Premierminister, er wünsche daran, daß die Entscheidung des Obersten Rates vor Montag oder Dienstag falle.

Die ablehnende Haltung Frankreichs.

Das neutrale Büro erklärte, daß die französische Regierung den französischen Botschafter in Washington aufzufordern habe, daß das Staatsdepartement davon in Kenntnis zu setzen, daß es die letzten deutschen Vorschläge weder billigen noch in ihnen die Grundlage für ein mögliches Übereinkommen erblicken würde. Der deutsche Minister des Außenwesens Jakob hat dem neutralen Büro mitgeteilt, daß Belgien den deutschen Vorschlag nicht der Erörterung wert halte. Im Abstand des Ministeriums kam es zu lebhaften Debatten. Minister Vanderschuerne warnte vor so schroffem Vorgehen gegen Deutschland und drohte mit seinem Rücktritt. Man fürchtet davon, daß sich dieser Demission weitere Minister anschließen werden.

Ministerrat in Paris.

Ein Ministerrat hat gestern vormittag in Paris stattgefunden. Viele berichtete über die äußere Lage und die Art, in der er den französischen Standpunkt in London verteidigen werde. Es ist keine Entscheidung getroffen worden, auch nicht über die Einberufung der Jahresfahrt 1919. Wenn, was mehr als wahrscheinlich ist, eine solche Maßnahme getroffen werden wird, so wird diese nicht vor der Tagung des Obersten Rates erfolgen, die am Sonntag in London beginnt.

Einzelheiten über die geplante Besetzung.

„Figaro“ teilt Einzelheiten über die geplante Besetzung des Kriegsgebietes mit: Die französische Regierung denkt nur an eine strenge Kontrolle der Kohlenförderung und der Erzeugung der Fabriken. Sie werde außerdem Ausfuhr und Einfuhr sorgfältig überwachen. Es handele sich darum, einen Dienst einzurichten, der den deutschen Handel steigert.

„Dewre“ und „Echo de Paris“ melden, daß man deutsches bereits Vorbereitungen habe für die Aufnahme der alliierten Truppen im Kriegsgebiet. Von zuständiger Stelle in Berlin wird dazu bemerkt, daß diese Meldungen jeder Grundlage entbehren.

Die deutschen Gewerkschafter in London eingetroffen.

„Daily Chronicle“ zufolge sind vier deutsche Gewerkschafterführer, Großmann, Hue, Dittmann und Silberschmidt, in London eingetroffen, um mit hervorragenden Politikern und Arbeitersführern über die Wiedergutmachungsfrage und den Wiederbau der zerstörten Gebiete zu beraten.

Schiedsgericht nicht zu erüben. Herr Helfrich hat mich als den Kämpfer für Gerechtigkeit bezeichnet, natürlich mit dem Hintergedanken, ich sei als Minister nicht brauchbar. Demgegenüber liegt ich, daß ich zu lange Jurist bin, um für die Politik der alten Schule in Frage zu kommen, ich habe auf dem Standpunkt unabdingbar Gerechtigkeitsgeschäfts. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, doch wir doch noch zu Verhandlungen kommen werden, streitig muss hier der Gerechtigkeitsgedanke mehr als bisher berücksichtigt werden. Wie die Franzosen bei den Reparationen rechnen, wird bewiesen dadurch, daß unsere Sachverständigen die Forderung von 170 Milliarden auf 130 Milliarden zurückdrängen konnten und selbst das ist zweifellos noch zu viel. Andererseits ist doch die Forderung einer Entscheidungskraft von 24 Stunden nicht geeignet, eine sachgemäße Verhandlung an verlangen. Neben dem Inhalt der Note wolle er nicht sprechen, es muss aber den Eindruck, als ob der französische Außenminister für die Wirkung der geplanten Sanktionen nicht mehr so sicher sei. Weder die Schweiz, noch Italien, noch die Tschechoslowakei wolle sich den Sanktionen annehmen u. was sonst verlaute, beruhe auf Kombinationen. Das Deutschland keine militärische Gefahr für Frankreich bedeutet, wird auch von England anerkannt. Weder gibt sondern eine Überblick über das Ergebnis der Wasserabließung, die grandiose Leistung, die jemals ein Land geleistet. Wir besitzen nicht einmal 1000 Kanonen. Unsere Bewegungen sind ohne Gefahr. Aber ich habe noch nichts davon gehört, daß nun auch die anderen Kapitäne der Weltabstürzung allmählich beginnen, bisher hat nur Deutschland abgerückt. Nur mit der bauischen Einwohnerwehr hapert es noch. Über der Frage der Luftschiffahrt verlangen wir ein Schiedsgericht. Gegenüber den Verbinden der Alliierten, und Nichtehaltung unserer Verpflichtungen in der Entwaffnungfrage vorzuhalten, muß festgestellt werden, daß wir unseren Pflichten ganz nachkommen sind. Auch in der Frage der Verletzung der Kriegsabläufe leben wir jetzt vor der Aufnahme der Verhandlungen. Gegenüber dem großen polnischen Heere von 900 000 Mann sind Besorgnisse im Osten wohl berechtigt. Die Verteilung der Grenzbevölkerung steigt und es muss etwas geschehen, um die Bevölkerung zu beruhigen. Die Verteilung alliierter Truppen ist nicht am Platze. Eine Erkundigung bei der Botschaftskonferenz hat gestern die Antwort gebracht, daß Polen bereits seit Januar abrückt. Das stimmt nicht zu unseren übrigen Informationen, denn neue Jahrgänge werden zu Übungen eingesetzt, aber nicht wieder entlassen. Die Maßnahmen der deutschen Regierung sind nur darauf gerichtet, zu verhindern, daß die erregte Bevölkerung sich zu Zwischenfällen hinreißen läßt. Die Verhandlungen mit Polen werden fortgesetzt, namentlich große Wirtschaftsabkommen und die österreichische Frage bilden den Gegenstand der Verhandlungen. Mit der Teilung Österreichs sind selbst viele Polen nicht einverstanden, das Problem ist aber so schwer, daß seine Lösung eine Schlüsselfrage für Europa ist.

Die Untersuchung über die U-Boote in Mitteldeutschland hat zweifellos ergeben, daß ein Zusammenhang zwischen der kommunistischen Partei Deutschlands und U-Boots besteht. Für eine Beteiligung der Sowjetregierung indessen hat sich kein Beweis erbringen lassen. Es besteht somit kein Anlaß, den Plan weiterer Verhandlungen mit Rücklauf wegen Nutznahme von Handelsbeziehungen fallen zu lassen. Es vollzieht sich allmählich ein Wechsel in der Haltung der Sowjetregierung, die sich allmählich wieder auf die Verhandlungen der Weltwirtschaft einzustellen scheint. Auch indes auf den Widerstand müssen wir in die Zukunft blicken, nicht nur rücksichtsweise.

Wdg. Dr. Bernstorff (D. Dem.)
Die mit dem Friedensvertrag nicht vereinbarten Condi-
tionen bedeuten die Schenkung des Reichslandes, das ist ein
Grundstück nicht nur meiner Partei, sondern auch der ameri-
kanischen Regierung, daß vor dem Eintritt des Friedensver-
trages ein Schiedsgericht angerufen werden soll. Daraus muß
der Eintritt der deutschen Regierung am 20. Februar bestimmt
zu sein. Amerika ist nun wirtschaftlich, nicht politisch an den europäischen Verbindungen interessiert,
beinhaltet ist die Vermittlung dort in guter Hand. Da dieser
Seit der schwierigen Verhandlungen ist endlich Sicherheit
des Parlaments, nicht aber Sicherheit und kein reelles
Krieger am Platze. Deutschland hat jetzt endlich die Regeln
seit ist.

Wdg. Dr. Speck (Btr.)
der auf der Tribüne der teilweise verdeckt ist. Mäßigt sich
dem Wdg. Bernstorff in der gänzlichen Beurteilung der bei
Amerika unternommenen Schritte an. Er meintet, daß Amerika
die angebrochenen Condiionen, die es Deutschland unmöglich
machten würden, daß einziges Mittel zur Wiedergewin-
nung anzuwenden, nämlich seine Arbeit.

Wdg. Lebedow (U. Soz.)
verlangt, daß vor allem die Kriegsverlierer zur Verantwortung
gezogen werden. Die vom Wdg. Stresemann gewünschte
Verbindung zwischen Städten und Dörfern würde zur
Kaufmänner der Arbeitsschaffung führen. — Als der Rektor
erklärt, Hessen und seine Freunde hätten kein Recht, die
Folgen ihrer eigenen Schuld der fehligen Regierung zugeschoben,
nahmen sich die deutschnationalen Wdg. Seewertshaus und
Berndt mit drohenden Ablösungen der Tribüne. Wdg.
Berndt deutet mit der bekannten Geiste Verständigkeit des Rech-
ters an und ruft: "Wagner!" Vizepräsident Dr. Bell rief
energisch das Benehmen der beiden deutschnationalen Abgeordneten. — Wdg. Lebedow verweist in seinen weiteren
Ausführungen auf den Widerstand der Arbeiter in den Ent-
landern gegen den Imperialismus ihrer Regierungen.

Damit schließt die Ausprache.

Daraus wird der Rechtsausschuss für 1920 befasstlos den
Haushalt überwiesen.

Das Haus verlässt sich.
Rücke Stdua: Freitag 1 Uhr (Anfragen, Unterpolle-
tion wegen Verfolgung von Kriegsverbrechen, kleine Vor-
lagen.)

Reichsbauvorstand Haberlein über die Goldförderung der Entente.

Der Haushaltsschluß des Reichstages hat den von der
Regierung vorentschanen Meßentwurf über die Ver-
teilung des Gewinns der Reichsbank ohne Abänderung
angenommen, ebenso den Meßentwurf über die Änderung
des Banknoten vom 14. März 1875. Dieser alte Bau-
noten verpflichtete die Reichsbank, ihr den Betrag ihrer in
Umlauf befindlichen Banknoten jederzeit mindestens ein
Drittel in fursäblärem deutschen Gelde, Reichstalscheinchen
oder in Gold in Barren oder ausländischer Münzen und
den Rest in distanzierten Wechseln oder in Scheinen bereit
zu halten. Reichsbankpräsident Haberlein erklärte im
Zaue der Beratungen, die Forderung der Entente auf
das Gold der Reichsbank stelle einen unbegründeten
Völkerrechtsbruch und auch einen Bruch des Friedensver-
trages dar. Es sei eine Jahrhunderte alte Praxis, das
Privatengagement zu schonen. Als die Franzosen Münzen
befestigten, beschloß man sie zunächst den Silberwert
der dortigen Reichsbankstelle, geben ihn aber wieder sofort
frei, nachdem sie sich davon überzeugt hatten, daß die
Reichsbank lediglich Privatinstanz mit öffentlich rechtlichen
Belangen sei. Im Jahre 1807 habe Napoleon das Gold
der Seehandlung freigegeben. Diese ganze Praxis des Rechts
und der völkerrechtlichen Moral werde durch aus unbegründeter
Verlangen der Entente durchbrochen. Der Friedens-
vertrag gebe der Entente keinesfalls das Recht, zur
Sicherung ihrer ersten Forderung auf 20 Millionen Gold-
mark die Hand auf ein bestimmtes Privatobjekt zu legen.
Das Gold sei zwar nur ein kleiner Teil der Bedeutung der
Banknoten, aber es ist der wertvollste Teil der Bedeutung.
Dazu kommt, daß nach dem jetzigen Stande der Papier-
mark es 15 Milliarden Wert darstelle. Wie ungünstig das
Verlangen der Entente sei und wie sie sich dadurch sehr
schädige, sei aber daraus ersichtlich, daß weit über
100 Milliarden Papiermark sich im Auslande befinden.
Die Rückwirkung der Erfüllung des deutschen Gold-
schlages auf die deutsche Papiermark würde doch sehr stark
sein. Damit würden auch diese 100 Milliarden Papier-
mark im Auslande schwer geschädigt.

Das neue Abkommen im Fahrgebiet.
Aus Eisen wird gemeldet: Zwischen den unterzeichneten
Verbänden wurde gestern folgendes Abkommen
getroffen:

Vom 20. April ab treten folgende Zölle
höheren ein: Für Bergarbeiter unter 20 Jahre 5 Mark je
Tage je Schicht. Gegenüber dem Durchschnittslohn der be-
treffenden Bergarbeiter der Einzelgeschäftslohn vom Oktobe-
r 1920 für Schichtarbeiter über 20 Jahre 8 Mark je
Schicht; für 18 und 19 Jahre alte Schichtarbeiter 4,50 Mark;
für 16 und 17 Jahre alte Schichtarbeiter 2,50 Mark; für
14 und 15 Jahre alte Schichtarbeiter 1,50 Mark. Die Säfte
in den einzelnen Stufen über und unter Tage bleiben
dieselben. Für die Bergarbeiter wird der Grundlohn
auf 27 Mark erhöht. Es werden die bisherigen Zulagen
von 4,50 Mark und 2 bzw. 1 Mark je Schicht, soweit sie
nicht durch die Erhöhung des Grundlohnes abgesunken sind,
im Bereich berechnet.

Bedingung für dieses Abkommen ist, daß die Reichs-
regierung auf die Erfüllung des Betrages von 5 Mark
verzichtet, der gegenwärtig vom Kohlenpreis für die Lebens-
mittelversorgung der Bergleute einbehoben wurde und
darauf beim Wegfall der Überhöchstgrenzen nicht mehr in Be-
tracht kommt.

Bei diesem Abkommen wird vorausgesetzt, daß die
Kohlenförderung in einer regelmäßigen Schicht so erhöht
wird, daß unserer Wirtschaft die notwendige Kohlennachfrage
zur Verfügung gestellt werden kann. Sollte eine Erhöhung
der Kohlenförderung in dem erforderlichen Maße, auch bei
Beachtung der notwendigen Betriebs- und Betriebskosten
nicht eintreten, so wird ein neues Übereinkommen
vereinbart werden müssen, über das in Arbeitsgemeinschaft
zu verhandeln wäre.

Deutschenverband, Verband der Bergarbeiter Deutschlands,

Politische Berufvereinigung, Abteilung der Bergarbeiter

Deutschlands, Gewerkschaft der krischischen Bergarbeiter

Die neuen Fernsprechgebühren.
Die neue Fernsprechgebührenordnung ist vom Reichs-
postministerium fertiggestellt und dem Kabinett zugestellt
worden. Unter Aushebung der bisherigen Gebührenordnung
ist eine Einrichtungsgebühr vorgesehen, eine Gebühr für
die Vergabe und Unterhaltung der Sättigungen und Apparate
und eine Gebühr von 20 Pf. für die Benutzung jedes
eigenen Apparates. Die Einrichtungsgebühr wird mit
"der wirtschaftlichen Kosten für einen Hauptapparat 200 Pf.",
für eine Nebenstelle 100 Pf. bezogen. Die Grundgebühren
bleiben bei kleineren Regen bis zu 100 Minuten unter
den Gebühren: Sie sind gekürzt von 10 auf 40 Pf. Spä-
ter über 100 Minuten beläuft sich die Grundgebühr
zu 50 Pf. Die Überstundengebühren werden mit stei-
gender Zeit um 10% erhöht.

Einrichtungsgebühr ausgesetzt. Der Betrag in den
Sätzen werden in Straße bis 100 Minuten 8 Pf., dann
100 Minuten 4 Pf., und darüber 5 Pf. bei gleichem
Zeitabstand nicht berechnet. Wenn die Zeitabstände von zwei
Apparaten in absteigender und entgegengesetzter Richtung mehr
als 10 Minuten dauern, so ist die Gebührenordnung
bei Zeit, bis welche eines zweiten Apparates zu ver-
wenden im Weisungsjahr, bei anderen, die nicht
auch Weisungsjahrs, bei 100 Minuten wird ein
ununterbrochener Dienst eingerichtet. Sollte sich
jedem Apparat eine Gebühr von 20 Pf. ergeben, so
werden für Nachtsatzen Werke aufrechnet, so
daß Gebührenordnung ebenfalls nur 20 Pf. fallen; bei
Gebührenordnung wird nach den Gebühren des Fernsprech-
fests berechnet. In den Fernsprech wird dafür eine neue
Fernpreise von 10 bis erhöht. Um Gebühren ordentlich
auszurechnen wird nach den Gebühren des Fernsprech-
fests berechnet. Um Gebühren ordentlich auszurechnen wird nach den Gebühren des Fernsprech-

Girohennnachrichten.

Wien. Eröffnungsfeier: 9 Uhr Predigt (Nr. 10, 20–22, Rathaus),
11 Uhr Weinmeisterfeier für Schenkbüro (Gothaer). Rollfeier
für die Heiligenmission. Mitterfeier: 8 Uhr Predigt (Rathaus).
Mittwoch 1. Friedhof, 11 Rathaus.

Freiburg-Burgstraße 9. Dienstag 8 Uhr Gemeindeschule.

Wien. Sam. 8 Eröffnungsfeier. Rollfeier für die Mission.

Frankfurt. 1/8 Beichte, 8 Gottesdienst. Rollfeier. 1 Uhr Stuh-
gottesdienst.

Gröba. 9 Uhr Eröffnungsfeier (Dienstag). 11 Uhr Stuh-
gottesdienst (Dienstag). Rollfeier für die Heiligenmission. Glad-
heim am Dienstag.

Hildesheim. 8 Uhr Predigt. Kirchenfeste 12 Uhr. Mittwoch
Jungfrauenverein.

Selbitz. Sam. 9 Uhr Eröffnungsfeier zum Konfirmations-
unterricht. (Die Eltern und Paten werden bringend und
begleitet eingeladen.) Rollfeier.

Glauchau. 8 Uhr Gottesdienst zur Eröffnung des Konfirmations-
unterrichts. Die Eltern der Konfirmanden werden bringend
und bringen dazu eingeladen. 1 Uhr Konfirmationsbesprechung.
Dienstag 1/8 Uhr Jungfrauenverein.

Saalfeld. 8 Uhr Barbarettstunde (Mathildenstraße 9), um 1/8 Uhr
Heilmesse, 9 Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt und Segen,
4 Uhr Männerverein bei Höpflner, 6 Uhr Matrosenfest. Werk-
tag 11. Messe um 1/7 Uhr.

Sommerblumen - Pflanzen

in hervorragend schönen Farbenpielen

Riesenblumige Schleimütterchen, besonders schön
Tomaten, nur rothe und lila Sorten
Starke Blumewiesen mit Topfpflanzen
Sellerie, Ros- und Weißkraut

empfiehlt in großen Mengen

Mr. Büttner, Großbauerngärtner
Pausitz-Riesa.

Ich habe mich in Strehla als
prakt. Tierarzt

niedergelassen.

Wohnung: im Gute des Herrn
Gutsbesitzer Hummitzsch,
Lindenstraße 244 b.

Dr. med. vet. Voigt
approb. Tierarzt.

Telefon: Strehla Nr. 28.

5. Klasse 178. Sächs. Landes-Kotterie.

zu Pfannen, hier werden nur Kosten 800,- Rbd. mit 450 Pf. zzgl.
zwei. (Über die Rechte der Eigentümer – Rückzug verboten).

20. Sitzungstag vom 20. April 1921.

2000 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 240000 Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 230000 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 210000 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 200000 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 190000 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 180000 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 170000 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 160000 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 150000 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 140000 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 130000 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 120000 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 110000 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 100000 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 90000 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 80000 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 70000 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 60000 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 50000 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 40000 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 30000 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 20000 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 10000 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 500 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 250 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 125 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 62 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 31 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 15 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 7 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 3 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 1 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,5 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,25 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,125 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,0625 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,03125 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,015625 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,0078125 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,00390625 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,001953125 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,0009765625 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,00049828125 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,000249140625 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,0001245703125 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,00006228515625 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,000031142578125 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,000015589090625 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,0000077949493125 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,00000389749715625 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,000001948749878125 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,00000097499390625 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,000000497499948125 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,0000002497499990625 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,000000124974999990625 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,0000000624974999990625 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,000000031249749999990625 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,0000000156249749999990625 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,000000007812497499999990625 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,0000000039062497499999990625 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,00000000195312497499999990625 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,000000000976562497499999990625 St. Schied 5.-6.-7. Rathaus
450 L. 500.000 St. Wolfs. Nr. 0,0000000004